

Wiesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

1921 Nr. 412
Morgen-Ausgabe
Freitag, 9. September
Anzeigenpreis: Die Spg. 3 mm breit mit 10 Spalten 60 G. Die Spg. 10 mm breit mit 20 Spalten 1.00 G. Spalten nach dem Ermessen des Verlegers.
Belohnung: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Karlsruh Nr. 2380
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlags- u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Reg.-Präsident v. Gersdorf als Zeuge

Im Untersuchungsausschuß

d. Berlin, 8. September.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages Landtags wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Rüttner (Soz.) die Vernehmung der Generallegation fortgesetzt. Ergebenheit und nichtiger Regierungspräsident v. Gersdorf und Regierungsrat

Blühorn von der Regierung in Weizburg. Regierungspräsident v. Gersdorf erklärt zur Auslassung, die polizeiliche Kontrolle habe in den letzten Jahren nach gelitten, weil viele neue Wundvorkehrer noch nicht genügend eingesetzt worden. Momentlich den Ausländern in Leipzig und den Vororten war es leicht gemacht, unterzutauchen und wieder zu ergehen, wie sie wollten. Beim Mansfelder Streik tauchten auch große Massen auf. Polizeilicher Nachweis sei allerdings nicht möglich.

Auf Fragen der Abg. Kilian (N. S. P.) und Dr. Dieb. frecht (L. Soz.) gibt der Zeuge an, daß der Amtsverwalter von Weizburg bei Leipzig nicht konstant gewesen sei und daß die Wundvorkehrer zum Teil Bandelsteine, zum Teil aber zufällige Günstlinge waren, die auch Verhaftungen erlitten. An der Jagdgesellschaft dieser Massen zur kommunistischen Partei könne kein Zweifel bestehen, da sie von Fritz, Josef Schneider und anderen bekannten Kommunisten eingeführt worden.

Der Zeuge ist der festen Überzeugung, daß schon vor dem App-Buch eine organisierte Wunde Armee bestanden habe. Schon 48 Stunden nach dem Ausbruch des App-Buches seien militärisch raff organisiert Kompanien nach Weizburg marschiert. Die Entwaffnung sei durch nicht in dem obigen Maße durchgeführt worden. Viel Waffen habe die Einwohnerwehr, die bei den Wunden fast reiflich in die Hände der Wundhelfer übergegangen. Schließlich waren die Waffen auf der rechten Seite fast ganz erlosch, auf der linken Seite nicht. Die Polizei war zu schwach, um in die gefährdeten Gebiete hineinzugehen. Es wurden nur kleine Zuzüge geschickt, die aber nicht annähernd so viel Waffen fanden, als im Ueberzeugung der Polizei vorhanden waren. Der Zeuge gibt weiter an, er habe als Organ des Entwaffnungskommissars sogar Strafrecht verprochen, wenn die Waffen nur abgeliefert werden. Trotzdem seien noch zahlreiche Waffen in den Händen zahlreicher Elemente geblieben. Er habe darüber mehrfach an die vorgesetzten Behörden berichtet.

Weber hat Vorhandenheit einer Wunde Armee im Auftrage erklärt, der Zeuge Regierungspräsident v. Gersdorf: Speziell in Leuna waren 16 Kompanien vollständig militärisch aufgestellt mit Infanterie, Artillerie-Abschwärzung, mit Munition und Vorräten. Letztere beherbergten die Wundhelfer-Gesellschaft. Die Wundhelfer wurden in den Wunden mit Billigung der Gemeindevorsteher vorgenommen, die Einwohnerwehr wurde zusammengefaßt und angeordnet, den Wundhelfern beizutreten. Wundhelferformen waren häufig unterwegs, so daß es sich hier unter der Oberfläche fast organisieren ließ.

Abg. Heidenreich (D. Sp.) fragt, ob dem Zeugen in amtlicher Eigenschaft noch nachgeordnete Organe oder sonstige

Meldungen zugegangen seien über das Verhalten einer Wunde Armee, unter Nennung der Bezirkskomitees und Angabe der Zahl der vorhandenen Wundhelfer. Dem Zeugen sind diese Nachrichten nur von privater Seite zugegangen, die Organisation selbst sei nicht angegeben worden, so daß ein Zugreifen unmöglich geworden sei. Diese Nachrichten waren teils Katastrophenrichten, zum Teil zweifelhaft. Sobald auf Grund solcher Meldungen nachgefragt wurde, waren die Waffen schon längst wieder beiseite geschafft.

Abg. Heidenreich fragt weiter, ob diese Meldungen besonders auch hinsichtlich der Führer, sich nicht später doch bemerkbar hätten, so sei doch einer dieser Führer, Otto Hennig, im Aufstande gefangen. Zeuge v. Gersdorf bejaht, daß vorher Besondere tatsächlich später aktiv aufgetreten seien.

Auf eine weitere Frage des Abg. Heidenreich erklärte der Zeuge, es sei anzunehmen, daß die Wundhelfer, die in rechtsorientierten Kreisen gefunden worden seien, aus den Wunden herüber, die von der Regierung den Gütern und den Einwohnerwehren zum Selbstschutz zur Verfügung gestellt worden seien, weil andere Waffen nicht da waren. Die Waffen der Einwohnerwehren seien fast reiflich nach dem App-Buch in die Hände der Kommunisten gelangt. Später seien große Wundhelferformationen auf rechtsgerichteter Seite nicht gemacht worden. Von einer beschleunigten Wundhelferlieferung durch einen früheren Offizier, nach der Abg. Kilian (N. S. P.) fragte, ist dem Zeugen nichts bekannt. Ähnliche dahinschwebende Meldungen hätten sich als unaufrichtig erweisen.

Auf eine Frage des Abg. v. Drenander (Zn.) erklärt der Zeuge, daß der scheinlich hindliche Beweis geliefert sei, daß die Waffen der Einwohnerwehr fast reiflich in die Hände der links-rechtsorientierten Kreise gelangt seien. Bei der freiwilligen Wundhelferlieferung seien überhaupt keine großen Mengen Waffen erlosch worden, in dem großen Weizburger Bezirk im ganzen etwa nur 1000 Waffen, diese seien zum größten Teil von rechts gekommen. Bei den Wunden durch die Führer in Gruppen von sechs bis acht Mann seien im wesentlichen bei linksorientierten Wunden befristet. Die in der Bevölkerung vorhanden gebliebenen Waffen habe er Februar 1921 auf eine hohe fünfstellende Zahl geschätzt, er sei auch überzeugt, daß heute noch eine hohe Ziffer vorhanden sei.

Abg. v. Drenander: Es ist namentlich in den kommunistischen Verfassungen hat mit der Gefahr eines Rechtsbruches operiert worden. Hat nach Ihrer Auffassung im Regierungsbezirk Weizburg eine solche Gefahr bestanden?

Zeuge: Im Weizburger Bezirk hat diese Gefahr überhaupt nicht bestanden, denn die linksorientierten Elemente sind sehr stark vertreten und auch die linksorientierten Elemente sind fast überall bei uns von linksorientierten Elementen durchsetzt, daß man einen Rechtsbruch für unmöglich hält, die Wunden und sonstige Organisationen sind reiflich aufgelöst und wir haben keine Zweifel darüber gefaßt, daß wir gegen illegale Organisationen von rechts wie von links stark vorgehen. Von den U. S. P. D. und S. P. D. hat auch nicht ein positiver Fall gemeldet werden können.

Das Reich gibt Bayern nach!

Kabinettsrat und interfraktioneller Ausschuß

d. Berlin, 9. September.

Die vorgestern abend unterbrochenen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern Bayerns sind gestern vormittag fortgesetzt worden. Sie begannen um 9 Uhr und dauerten bis 1 Uhr nachmittags. Zum Abschluß sind sie noch nicht gebracht worden. Um 1/2 Uhr nachmittags haben der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern und der Reichsjustizminister sich mit den bayerischen Vertretern wieder am Beratungstisch zusammengefunden. Aber ein sehr wesentlicher Fortschritt ist erzielt worden; man hat sich am Nachmittag nicht mehr über das Prinzip, sondern nur noch über die Formulierung verhandelt.

Weber das kritische Stadium der Besprechungen ist man also glücklicherweise hinüber und man darf sagen, daß die Einigung zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Abgeordneten Bayerns nicht nur der Ähre steht. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieser Vorläufe liegt in den Händen.

Die Reichsregierung hat sich der Billigung der Koalitionsparteien für ihre Vorläufe an die bayerische Regierung und für die Angehörigen, die sie Bayern für die Aufhebung des Belagerungszustandes zu machen bereit ist, verpflichtet. Die Führer der Koalitionsparteien hatten sich um die Mittagsstunde in der Reichskanzlei verkommen und sind vom Reichskanzler über die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen mit den Vertretern Bayerns unterrichtet worden. Die Parteiführer erklärten ihr volles Einverständnis mit den Vorläufen der Reichsregierung, ausgenommen die Sozialdemokraten, die noch einige Einwendungen erhoben und gemeinsam mit den Unabhängigen beim Reichskanzler ihre Bedenken geltend gemacht haben.

Vor der Schlußberatung mit den Vertretern Bayerns wird das Kabinettsrat zusammenzutreten, um die Vorläufe an die bayerische Regierung endgültig zu formulieren. Die Bayern sind gestern abend mit diesen Vorläufen nach München gereist. Die endgültige Entscheidung darf für Sonntagabend erwartet werden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern könnte demnach in der nächsten Woche erfolgen.

Um 1/2 Uhr sprachen beim Reichskanzler Dr. Wirth abermals die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen vor, um eingehend über die Verhandlungen mit den bayerischen Vertretern zu beratscheln. Man hofft, daß Dr. Wirth mit den sozialdemokratischen Führern zu einer Einigung kommen wird.

Wie ferner mitgeteilt wird, ist in der heutigen Konferenz der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler Dr. Wirth auch die Frage der Erhöhung der Beiträge für die Kriegsbekämpfenden und die Kriegshinterbliebenen abermals erörtert worden. Die Koalitionsparteien forderten eine Erhöhung dieser Beiträge. Die Regierung faßt eine wohlwollende Erwägung dieser Frage an.

Der Kurs der christlichen Gewerkschaften

Der „Deutsche“ veröffentlichte gestern ausführliche Auslassungen des preussischen Ministerpräsidenten Siegelwald über die innerpolitische Lage, sowie gleichzeitig politische Mitteilungen, die der Ausschuh des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausgelegt hat. Da aus diesen verschiedenen Erklärungen eine gewisse Marktroute der unter der Leitung Siegelwalds stehenden Gewerkschaften zu erkennen ist, so wollen wir die wesentlichen Punkte daraus wiedergeben. Siegelwald behandelt eingangs die großen Linien der inneren Politik in Deutschland und kommt zu dem Schluß, daß die Lage eine katastrophale Vermorenheit zeigt. Er glaubt, daß die Entscheidung zwischen rechts und links für Deutschland noch nicht gekommen ist und tritt für eine Politik der starken Mitte ein. Wegen seines Standpunktes zur Sozialdemokratie wollen wir einen Teil dieser Ausführungen im Wortlaut wiedergeben:

„Eine Rechtsmehrheit bedeutete bis auf weiteres einen unerträglichen außerpolitischen Zustand und die latente Gefahr des Bürgerkrieges im Innern. Eine Links-mehrheit würde meines Erachtens im ersten Augenblick ins Chaos führen. Die sozialdemokratischen Parteien allein können die Säulen der deutschen Volkswirtschaften nicht halten. Die Säulen der deutschen Volkswirtschaften sind die kleinen und mittleren Betriebe, die in engerer Parteilichkeit, sondern um Staatsnotwendigkeiten, wenn sie sich einer Zerstückelung der Mitte widersetzen. Man gebe sich keiner Täuschung hin: aus dem Gesamtgesamtheit der letzten Wochen hat die Rechte mindestens soviel profitiert wie die Linke. Was wir brauchen, ist Ruhe und Stetigkeit in der deutschen Politik, die nur durch eine kampfbereite Mitte einschließlich eines starken Arbeiterführers erreicht werden kann. Es ist die deutsche Volkswirtschaft, die dieser Erkenntnis launig, desto größer, und andererseits, was die Bedrohungen und Dopehrerbarkeit sein, die es auf sich nehmen muß...“

Ich für meinen Teil habe weitgehendes Verständnis dafür, daß den sozialdemokratischen Massen das Einkommen und Einkommen in den deutschen Volkswirtschaft erreicht werden muß. Die letzten 10 Jahre deutscher Geschichte lassen sich nicht ungeschicklich machen. Die sozialdemokratischen Massen sind in Opposition zum Staat, zur Volkswirtschaft, zum Gewerbe. Der zusammengebrochene Staat und die zusammengebrochene Wirtschaft können dieser Wunde jetzt nicht geben, was sie 60 Jahre lang erhofft. Die Arbeiterpolitik der Sozialdemokratie hat denn auch in Wahrung der Gesamtfrage auf dem Gebiete der praktischen Politik mehr umgelegt, als das Bürger-tum seit der Revolution im Vergleich zu früher bezugnehmend hat. Die bürgerlichen Kreise, die den Widerstand unter dem Bundes frei von politischer und Klassenkampf wollen, müssen insbesondere bei der bayerischen Steuererhöhung erkennen, daß die niedrigen Steuern nicht einseitig den Handel für die Gesellschaft abgeben können. Ingehende Auswertung auf der einen Seite und unübersehbare Arbeiterverbrauchssteuer auf der anderen Seite sind eine politische Unmöglichkeit.“

Die Hoffnung auf einen Erfolg der „Politik der Mitte“ scheint uns ein wenig optimistisch zu sein, ebenso wie die Hoffnungen auf eine sachliche Mitarbeit der Sozialdemokratie. Siegelwald verkennt, daß gerade die Sozialdemokratie es ist, die eine Politik des Ausgleichs unmöglich macht, und zwar deshalb, weil sie in letzter Zeit besonders bemüht einen Trennungstrieb zwischen sich und dem Bürgertum macht und diese Klassenkampfabstufung durch ein enges Zusammengehen mit der U. S. P. besonders unterstreicht. Auch das Bild von dem „Radel der Gesellschaft“ erscheint uns außerordentlich schief, denn die Tatsache, daß sowohl die Erzeugerarbeiten wie die Wirtschaftswirtschaften das Kapital bereits bis zur Gefährdung der Produktion herangezogen, dürfte doch wohl nicht ganz unbekannt sein.

Die Frage, ob Monarchie oder Republik, steht Siegelwald zunächst noch als eine „Sonnenscheinfrage“ an und meint, die Schicksal, welche für den monarchischen Gedanken schwärme, sei zu klein, als daß die Erörterung dieser Frage praktischen Wert habe. Auch hier scheint uns der Ministerpräsident zu übersehen, daß der monarchische Gedanke in viel weiteren Volksteilen Wurzel gefaßt hat, als von der Regierung angegeben wird. Gerade die unzulänglichen Verhältnisse im republikanischen Deutschland haben die Sehnsucht nach dem monarchischen Rechtsstaat im besonders großen Umfang auslösen lassen. Die Frage der Umbildung der preussischen Regierung behandelt Siegelwald außerordentlich vage. Er betont lediglich, daß diese Frage nicht bei ihm, sondern beim Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei liege.

ne Selbst...
anbare...
ne Selb...
sch dem...
eine...
insetzt...
anbare...
Zirkus...
Gloria...
und...
chiner...
inpalat...
Zufall...
u. Wart...
intra...
Ma...
istene...
wieder...
BRACHEN...
elmm...
S...
W...
dormann...
Britt M. 3...
Akte...
ng...
Elmo Lincoln

